



BAYERISCHER LANDKREISTAG

An die bayerische Presse

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung
13. Oktober 2009

Starke Landkreise für Deutschland Landrätetagung im Landkreis Ostallgäu

Während der Herbsttagung des Bayerischen Landkreistags im Landkreis Ostallgäu standen u. a. Forderungen der Landkreise an den Freistaat Bayern, aber auch an die neue Bundesregierung im Vordergrund.

Die wichtigsten Forderungen

Als Hauptanliegen der bayerischen Landräte nannte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat **Theo Zellner**, ein für die Landkreise akzeptables Ergebnis beim **Finanzausgleich 2010**: „Zweifellos stehen die Verhandlungen am 18. November 2009 aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise unter schwierigen Vorzeichen. Zugleich darf man aber nicht vergessen, dass der Anteil der kommunalen Investitionen etwa zwei Drittel der gesamten öffentlichen Investitionen beträgt. Die notwendigen Impulse durch antizyklisches Verhalten zugunsten der konjunkturellen Entwicklung gehen also von den Kommunen aus. Und nur eine günstige wirtschaftliche Entwicklung stärkt auch die Finanzkraft der Kommunen.“

Im Einzelnen forderte Zellner, dass beim allgemeinen Steuerverbund der Kommunalanteil weiter schrittweise angehoben und die **Schlüsselzuweisungen stabil** gehalten werden. Auf die Landkreise würden aufgrund des Alters der kreiseigenen Gebäude, insbesondere der Schulgebäude, und der gestiegenen energetischen Anforderungen im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzbündnisses – relativ hohe Sanierungskosten zukommen. Außerdem bringe der schrittweise Ausbau der Ganztagschulen einen erheblichen Investitionsbedarf mit sich. Eine deutliche Anhebung der **Fördermittel** nach Art. 10 FAG und eine Erhöhung der Fördersätze für energetische Sanierungen als Sonderprogramm im Rahmen der **Generalsanierungen** sei daher unumgänglich.

In vielen ländlichen Gebieten stelle das Straßennetz die einzige Erschließung dar, sodass sich der Individual- und Massenverkehr, der Personen- und Güterverkehr ausschließlich auf der Straße abspiele und die Zunahme des Verkehrs zu einer höheren Belastung der Fahrbahnen führe. Zellner dazu: „Im Bereich des **kommunalen Straßenbaus und -unterhalts** gilt es, die kommunale Infrastruktur zu erhalten und

Spielraum für zukunftsorientierte Investitionen zu schaffen. Die Einnahmen beim Kraftfahrzeugsteuerverbund sind daher vor allem für den Unterhalt, die Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Straßen zu verwenden.“

Sorge bereitete Zellner das zunehmende Auseinanderklaffen von **Einnahmen und Ausgaben** der Kommunen, vor allem im sozialen Bereich. Diese seien nur begrenzt steuerbar und erforderten dringend staatliche Hilfe. Vor allem der Bund neige zu Aufgabenzuweisungen, ohne eine hinreichende finanzielle Grundlage dafür zu schaffen. Zellner: „Damit muss Schluss sein. Wünschenswertes darf Notwendiges nicht belasten oder gar verhindern.“

Allzu oft sei es vorgekommen, dass Bundesregierung und Bundestag die Kommunen mit Gesetzesvorhaben geradezu überfallen hätten, ohne dass sich die kommunale Seite rechtzeitig und vertieft hätte einbringen können. Schwierigkeiten bei der Umsetzung bis hin zur Vollzugsuntauglichkeit seien die Folge gewesen. „Was wir dringend brauchen ist auf Bundesebene die Einrichtung eines Gremiums, eines „**Kommunalpolitischen Ausschusses**“, zur Begleitung aller Gesetzgebungsverfahren, die kommunale Belange berühren“, forderte Zellner. Dies sei auch von der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände unter seiner Mitwirkung jüngst so beschlossen worden.

Notwendig sei auch eine **Neuordnung der Zuständigkeiten in der Sozialhilfe**: „Der Bayerische Landkreistag hat sich in einem großen internen Kraftakt im Jahr 2006 entschieden, eine Übertragung der ambulanten Eingliederungshilfe auf die Bezirke hinzunehmen, wenn im Gegenzug die Zuständigkeit für die stationäre Hilfe zur Pflege von den Bezirken auf die Landkreise (und die kreisfreien Städte) verlagert wird“, so Zellner. Seit 1. Januar 2008 gebe es eine Neuregelung zur Eingliederungshilfe, bei der Hilfe zur Pflege höre man seither nichts. Zellner unzufrieden: „Zugegeben, die vier kommunalen Spitzenverbände waren sich nicht einig. Aber entscheiden müssen Staatsregierung und Gesetzgeber, und das sollten sie unverzüglich tun.“

Zu **Hartz IV** mahnte Zellner an, die Bundesregierung müsse schleunigst handeln, um eine verfassungskonforme Ausreichung des Arbeitslosengeldes für erwerbsfähige Langzeitarbeitslose zu sichern. Vorstellbar sei eine Grundgesetzänderung, die sowohl eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von kommunalen Trägern und Bundesagentur für Arbeit ermögliche, zugleich aber auch eine Erfüllung aller Aufgaben durch optierende Kommunen. Deren Anzahl dürfe aber nicht beschränkt bleiben. Käme es also nicht zu einer Änderung des Grundgesetzes, sei zumindest einfachgesetzlich anzustreben, dauerhaft allen Kommunen eine Optionsmöglichkeit zu eröffnen. „Eine Leistungserbringung aus einer Hand war und bleibt das Ziel der – leider missglückten – Hartz IV-Reform“, so Zellner, der zugleich den FDP-Vorschlag als falschen Weg bezeichnete, Sozialleistungen einschließlich des Arbeitslosengeldes II durch ein pauschaliertes sogenanntes Bürgergeld, auszureichen durch die Finanzämter, zu ersetzen.

Noch ein Problem bei **Hartz IV** dürfe auf keinen Fall unter den Tisch fallen: Die **Bundesbeteiligung** an den Kosten für Unterkunft und Heizung müsse sich künftig an den tatsächlichen Kosten orientieren und dürfe nicht weiter nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften bemessen werden. „Dieser **Strukturfehler** muss endlich bereinigt werden, denn selbst dann, wenn die Bedarfsgemeinschaften zurückgegangen sind, sind

die laufenden Kosten in der Summe gestiegen und die Zeche bezahlen die Kommunen. Das darf nicht so bleiben“, empörte sich Zellner.

Schließlich forderte Zellner erneut, **gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum** zu garantieren, insbesondere auch bei der Gesundheitsversorgung. „Dem ländlichen Raum droht der medizinische Notstand, wenn es nicht gelingt, die niedergelassenen Ärzte zu schützen und die Krankenhauslandschaft als Grundversorgung zu erhalten. Der Ärzte- und Fachkräftemangel ist nicht nur in den Krankenhäusern zu bekämpfen, ambulante und stationäre Hilfen sind noch besser zu verknüpfen“, so Zellner.

Zustimmung fand Zellner auch beim Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, **Prof. Dr. Henneke**, der anschließend referierte. Er stellte den von dessen Präsidium beschlossenen Forderungskatalog der deutschen Landkreise an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag vor. Zellner gehört diesem Gremium als Vizepräsident an.

Die Presseinformationen des Bayerischen Landkreistags gibt es auch im Internet:
<http://www.bay-landkreistag.de>